



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/237 - 19.10.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039 850

Nach dem Burgfrieden	S. 1
Zur Abrüstungsdebatte in der UNO	S. 3
Der Familienminister und die Kinderreichen	S. 4

Vertagter Hauskrach

sp. Es schien von vornherein zweckmässig, sich bei der Kommentierung des letzten Hauskraches in der Koalition sehr zurückzuhalten, zumindest mit dem Urteil zu warten, bis der Bundeskanzler zum ersten Mal wieder persönlich und in voller Größe vor der Schar der Streitenden erscheinen werde. Das geschah am Montag.

Die Wirkung war nicht ganz so durchschlagend, wie in früheren Fällen, von denen freilich auch keiner so schwierig und in der gegenseitigen Entzweiung soweit gediehen war, wie dieser. Man mußte sich mit der Ausgabe des Stichwortes vom Burgfrieden begnügen, von einem Friedensschluss kann keine Rede sein.

Über die Streitgegenstände ist so viel geschrieben worden, dass man darauf nicht noch einmal einzugehen braucht: sie beziehen sich erstens auf die angeblich sehr kurzfristig begrenzte EHE-Forderung an die Regierung, dem Bundesvertriebenenminister Oberländer sehr viel weiter gehende, vor allem finanzielle Vollmachten zu geben und zweitens auf sachliche Differenzen und persönliche Vorwürfe zwischen dem Vorsitzenden der FDP, Dr. Dehler, und führenden Männern der Regierung, sowie schließlich zwischen FDP-Ministern auf der einen und CSU-Regierungsmitgliedern auf der anderen Seite. Die einzige Regierungspartei, die bisher gar nichts riskiert hat, ist die Deutsche Partei, was aber auch damit zusammenhängt, dass die CDU/CSU sich immer weiter nach rechts entwickelt.

Der Burgfrieden soll einstweilen für die Dauer der Pariser Verhandlungen gelten, also aus Gründen außenpolitischer Rücksichtnahme.

Dem Kanzler müsse es unerwünscht sein, so hieß es, wenn im Ausland der Eindruck entsteht, die Regierungsparteien stünden nicht mehr geschlossen hinter seiner Politik. Ob man diesen Eindruck wirklich dadurch verwischen kann, dass man ihn als unerwünscht erklärt? Andererseits dürfte dieser Eindruck wohl gar nicht so allgemein sein und tief sitzen, angesichts des schwankenden Bildes der außenpolitischen Konzeption etwa des FDP-Vorsitzenden, dessen Verhalten in der ganzen letzten Zeit eine Spitzenleistung an Inkonsequenz darstellt.

Ein Gesichtspunkt scheint in den Betrachtungen zur sogenannten Regierungskrise, die diese gewichtige Bezeichnung kaum verdient, ziemlich allgemein zu kurz gekommen zu sein: der Hinweis darauf nämlich, dass das zaghafte Rütteln der FDP und des BHE an den Koalitionsketten sowohl mit den Erfahrungen beider Parteien in den letzten Länderwahlkämpfen als auch mit den Befürchtungen im Hinblick auf die kommenden Wahlen in Bayern, Hessen und Berlin zusammenhängt. Die ruhmlose, ja demütigende Rolle der Geduldeten, die die CDU/CSU ihren kleinen Verbündeten zugewiesen hat, ist dieser absoluten Herrscherin im Koalitionslager selbst am schlechtesten bekommen. Auch deshalb das gelegentliche Aufbegehren der missvergnügten Partner gegen die ihnen aufgezwungene unwürdige Rolle. Von solchen Demonstrationen eines Willens zu größerer politischer Selbständigkeit versprechen sie sich wohl nicht mit Unrecht für die Wahlen einiges.

Ob der in den letzten Wochen gezeigte Schwung im Widerstand gegen die ständigen Vergewaltigungsversuche der Regierung und ihrer stärksten Partei über die Wahltermine hinaus Dauer haben wird, ist eine ganz andere Frage. Alle Opposition innerhalb der gegenwärtigen Koalition hat auch heute noch etwas Unwirkliches, fast Unglaubliches, vor allem auch, wenn man die im Sinne der Regierung beispielhafte Bravheit der FDP-Bundesminister bedenkt. "Persönliche Bindungen, gemeinsame Fernziele und Pfründe" nannte die "Süddeutsche Zeitung" als Ursachen für den wahrscheinlichen weiteren Zusammenhalt, trotz aller Familienstreitigkeiten. Das ist ein herbes, aber vermutlich richtiges Urteil.

+

+

+

- 3 -

Der Stimmungsumschwung in der UN

s. Die Tatsache, dass sich Wyschinski zum ersten Male zu einer größeren Konzession in der Abrüstungsfrage bereit gefunden hat, verdient auch weiterhin Beachtung. Dennoch ist auf die allzu kühnen Erwartungen eines nun unmittelbar bevorstehenden Abrüstungsabkommens Rauhreif gefallen. Wyschinski will das Beschwerderecht gegen Länder, die ihren Abrüstungsverpflichtungen nicht nachkommen, an den Sicherheitsrat und an das Vetorecht binden. Würden die übrigen Länder hier zustimmen, könnte Rußland seine eigene Abrüstung durch das Veto seines Vertreters im Sicherheitsrat zu jeder Zeit wirksam blockieren.

Hier müssen also die Verhandlungen einsetzen, von denen man allgemein überzeugt ist, dass sie mit Zähigkeit geführt werden. Die Beobachter in New York wissen ebenso wenig wie die Delegierten, ob es dabei besser ist, den französischen Vorschlag der Geheimbesprechungen anzunehmen oder doch öffentlich weiter zu beraten. Bei Geheimverhandlungen entfällt das für die russischen diplomatischen Aktionen so wichtige propagandistische Moment, man kommt schneller auf den Kern der Sache.

Den Stimmungsumschwung von freudiger Überraschung zu vorsichtiger Zurückhaltung kennzeichnet am besten die Haltung der französischen Delegation. Justizminister de Beaumont hatte den russischen Abrüstungsplan zunächst sehr optimistisch begrüßt. Während alle Fraktionen in der allgemeinen Aussprache auch auf die russische Haltung in Europa eingingen, in der sich im bedauerlichen Gegensatz zu den Abrüstungsvorschlägen immer noch keine Änderung bemerkbar machte, umging der Franzose dieses Thema. Seine Rede war eine Lobeshymne auf den russischen Schritt. Als er dann ausführlich davon sprach, dass beide Welten noch lange nebeneinander leben würden und darum eine solidarische Bekämpfung des gemeinsamen Feindes, der Atomwaffen, erforderlich sei, glaubte man sich in den Untertönen seiner Rede an die Kriegsallianz aus dem Jahre 1945 erinnert.

Ganz anders fiel die Rede aus, die sieben Tage später Jules Moch im Politischen Ausschuss hielt. Erst die eindeutige Auslegung der russischen Vorschläge könne das Ausmass des wirklichen Fortschritts zur Weltabrüstung aufzeigen. Für Frankreich, so unterstrich Moch, bedeute eine dem Veto-Recht unterworfenen Kontrolle überhaupt keine

Kontrolle, sondern lediglich eine Illusion.

Niemand in New York verkennt deswegen die russischen Konzessionen. Man verkennt aber auch nicht, dass sie vielleicht mit dem Abschluß der Londoner Beratungen in Zusammenhang gestanden haben. Sollte sich erweisen, dass sie die Weiterverfolgung der Londoner Ziele nicht behindern, müßten sie entweder von Wyschinski in Beziehung auf das Vetorecht des Sicherheitsrates erweitert werden oder er könnte sie auch wieder ganz zurückziehen.

Die Erörterungen über die Abrüstung sind Anlass für weltweite politische Gespräche. Der indische Delegierte benutzte seine Rede sogar zu einem Appell an Bonn und Pankow, miteinander über die Wiedervereinigung zu verhandeln. Man weiß, dass dieser Vorschlag, würde er erörtert werden, von allen Seiten mit Recht zurückgewiesen würde. Jedermann aber stimmt der Erkenntnis zu, dass die großen Kriege bisher in Europa begannen und damit der durch die Wiedervereinigung zu sichernde Friede in Europa für den Weltfrieden entscheidend sein kann. Hier wird erkennbar, wie die Vorgänge in den Vereinten Nationen, auch wenn sie vom deutschen Problem weit entfernt scheinen und von den deutschen Zeitungen nirgendwo ausführlich behandelt werden, doch auch Rückwirkungen auf die Lage Deutschlands haben müssen. Je wirksamer die UNO arbeitet - darum wäre eine Einigung über die Abrüstung so zu begrüßen - um so eher erweisen sich die Vereinten Nationen in der Lage, auch die europäischen Fragen aufzugreifen und vielleicht sogar zu lösen.

+ + +

Ein Protest und ein Austritt

sp Vom Bund der kinderreichen Familien, Sitz Leverkusen, ging uns folgendes Schreiben zu:

Der Bund der kinderreichen Familien e.V., Sitz Leverkusen, als Vertreter der Interessen von 1,1 Millionen Kinderreichen im Bundesgebiet, protestiert gegen die völlig unzureichende Fassung des in dritter Lesung angenommenen Kinderbeihilfegesetzes. Das Gesetz erfasst nur einen Bruchteil der Familien und wird damit in keiner Weise den berechtigten Ansprüchen der Kinderreichen gerecht. Die kinderreiche Familie muß als die biologische Trägerin des Volkes und des Staates, als stärkster Steuerzahler und endlich als Garant der Altersfürsorgehilfe - auch der familienfeindlichen Kräfte - Anerkennung und Hilfe des Staates

verlangen. Sie reißt Opfer an Opfer, erfüllt ihre Pflichten und lebt auf einem Lebensstandard, der nicht mehr zu verantworten ist.

Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Regierungsankündigung vom 20.10.1953 vor dem Deutschen Bundestag erklärt: "Das schon in Angriff genommene, bisher aber offen gebliebene Problem, in welcher Weise den Familien durch Gewährung von Kinderbeihilfen ein gewisser Ausgleich für die besonderen finanziellen Lasten zu gewähren ist, welche die Bildung und Vergrößerung der Familien mit sich bringt, möglichst bald einer Lösung zugeführt werde. Es handelt sich nicht um eine Frage, die lediglich die in der gewerblichen Wirtschaft tätigen Menschen betrifft. Sie erstreckt sich auch auf den Bereich der freien Berufe, der Beamten und Angestellten und der landwirtschaftlichen Bevölkerung." Der Bund der kinderreichen Familien e.V., Sitz Leverkusen, erwartet, dass - wie in 33 Kulturstaaten der Erde - alle Kinderreichen von einem Gesetz erfasst werden, das Anspruch auf Vollständigkeit erheben will. + soll

Diesem Protest waren heftige Auseinandersetzungen mit dem Familienminister Dr. Würmeling in Fragen des Kinderbeihilfengesetzes vorausgegangen. Man müßte meinen, dass die Ziele des Bundes die vollste Unterstützung jenes Ministeriums finden, das angeblich nur für die Stärkung der kinderreichen Familien und für den Schutz der kinderreichen Familie überhaupt nach dem 6. September gebildet worden war. Aber weit gefehlt. Dieser Tage meldete eine Nachrichtenagentur:

Bundesfamilienminister Würmeling hat sich am Samstag zu dem Hinweis veranlasst gesehen, dass er nicht mehr Mitglied des Bundes der kinderreichen Familien sei.

Der Bund der Kinderreichen, die größte derartige Organisation in der Bundesrepublik, mit Ortsgruppen in allen Bundesländern, ist neutral, er steht über den Parteien und Konfessionen, obwohl es nicht an Bestrebungen fehlt, ihn in eine mehr parteipolitisch gebundene Richtung zu drängen. Neutral konnte sich jedoch der Bund nicht beim Kinderbeihilfengesetz, dem schlechtesten in ganz Europa, verhalten, wollte er sich nicht selbst aufgeben und seine Ziele verraten. In mehrmaligen Vorsprachen hatte der Bund beim Familienministerium schwerste Bedenken gegen das von der CDU-Mehrheit durchgepeitschte Kinderbeihilfengesetz erhoben, das neun Zehntel aller Kinder unter Ausnahmerecht stellt, sie von jeder Hilfe ausschließt und über dessen praktische Durchführbarkeit selbst bei der CDU/CSU schwerste Bedenken bestehen.

Das war gewissermaßen sein Sündenfall und damit beschwor der Bund den Zorn des Familienministers herauf, der mit seinem demonstrativen Austritt eine schon lange vorher angekündigte Drohung nun verwirklichte. Der Bund der kinderreichen Familien wird diesen Austritt eines prominenten Mitgliedes verschmerzen können, auf längere Sicht gesehen dürfte dieser Verlust sich sogar für seine Bestrebungen nur wohlwollend auswirken, Immerhin ist das Verhalten des Familienministers bezeichnend, es wirft ein eigentümliches Licht auf den Mann, der auszog, die deutsche Familie zu schützen und der nun erreicht hat, dass selbst eine dazu berufene Organisation ihm die Mitarbeit versagen mußte.